



Pressetermin, Anfang Dezember, im ehemaligen Flughafen Berlin-Tempelhof: In den Hangars des ehemaligen Flughafens sind 2000 Flüchtlinge untergebracht. Unter der gewaltigen Konstruktion Ernst Sagebiels trocknet Wäsche, die Toiletten stehen auf dem Vorplatz. Duschcontainer werden gerade installiert.
Foto: Dirk Dählow

Flüchtlingskrise? Wohnungsfrage!

Text Doris Kleilein und Friederike Meyer

In einer Situation, in der hunderttausende Wohnungen fehlen und allein 2015 fast eine Million Menschen die Grenze passiert haben, sollte man meinen, dass Architekten alle Hände voll zu tun hätten. Dass eilig Wettbewerbe ausgelobt werden, dass jetzt endlich im großen Stil bezahlbare Wohnungen gebaut und mit neuen Wohnformen experimentiert wird. Doch die Aufbruchstimmung ist verhalten. Dabei könnte 2016 das Jahr der Architekten werden

Seit Monaten stecken die Länder und Kommunen im Krisenmodus der Erstaufnahme. Sie lassen Zelte aufbauen, bringen die täglich ankommenen Menschen in Turnhallen und leerstehenden Bürogebäuden unter. Händleringend suchen sie nach Wohnungen, einige Städte kaufen inzwischen Belegungsrechte für Flüchtlinge an. Der ehemalige Flughafen Berlin-Tempelhof, die größte Notunterkunft des Landes, ist zum Symbol der Krise geworden. 2000 Flüchtlinge leben in den Hangars, in Zelten und Stellwandkojen, je sechs Doppelstockbetten auf engstem Raum, notdürftig mit Decken verhängt für ein bisschen Privatsphäre. Unter der gewaltigen Hallenkonstruktion Ernst Sagebiels trocknet die Wäsche auf Absperrgittern. Toilettencanister stehen im Freien, das Essen kommt von einer Cateringfirma, die ärztliche Betreuung übernehmen Ehrenamtliche.

Welche Rolle spielen dabei Architekten? Keine. Den Zeltaufbau hat die Bundeswehr erledigt, die Kojen eine Messebaufirma gestellt. Tempelhof ist kein Einzelfall: Die Unterbringung von Asylbewerbern wird von Katastrophenhelfern, Lieferanten und engagierten Bürgern bewältigt. Dabei lügen sich Politiker und Verwaltungen vielerorts in die Tasche: Sie sprechen von dezentralen „Gemeinschaftsunterkünften“ und errichten Massenlager, lassen zu, dass Provisorien zum Dauerzustand werden. Im Krisenmodus, so scheint es, bleibt keine Zeit, darüber nachzudenken, was eine Unter-

kunft menschenwürdig macht; die Forderung von ProAsyl, nicht mehr als 50 Flüchtlinge an einem Standort unterzubringen, ja selbst die in einigen Bundesländern geltenden Mindeststandards werden einfach ignoriert. Wie lange kann das noch so weitergehen?

Wohnungen für alle

Es wird Zeit, dass die Kommunen aus dieser Von-der-Hand-in-den-Mund-Praxis herauskommen. Mittel- und langfristige Strategien für Integration und Wohnungsbau müssen her, und zwar schnell: Die vielerorts eingerichteten Taskforces der Verwaltungen sollen nun im Zeitraffer die Versäumnisse der letzten Jahre aufholen. Mittelfristig heißt in Berlin: Der Senat will 2016 an 60 Standorten modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF) bauen, insgesamt 24.000 Menschen sollen dort unterkommen. Das Grundstücksportfolio wird unter Hochdruck durchkämmt. Die EU-weite Ausschreibung läuft – für Architekten? Nein, für Generalunternehmer. Zu den MUF liegt ein Amtsentwurf vor, und so sieht er auch aus: Grundrisse mit fensterlosen Gemeinschaftsflächen im Gebäudeinneren, Fassaden, die nicht der Rede wert sind. Die Pläne wirken, als wolle man die Sache schnell hinter sich bringen. Dabei hätte Berlin jetzt die Chance, bezahlbare Wohnungen zu bauen, die auf dem angespannten Wohnungsmarkt so dringend ge-

braucht werden, nicht nur für Flüchtlinge. Eine ganze Generation von Architekten hat sich mit Selbstbau, experimentellen Wohnmodellen und bezahlbarem Wohnraum beschäftigt und muss jetzt zusehen, wie gemetert wird.

Velleicht läuft es besonders schlecht in Berlin. Für 2015 hatte die Stadt mit 50.000 Asylbewerbern gerechnet, gut 70.000 sind angekommen. Berlin hat 60 Milliarden Euro Schulden, die Verwaltung seit 1990 ein Drittel der Stellen abgebaut. Die chaotischen Zustände vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) manifestieren den miesen Ruf der Hauptstadt bei der Unterbringung von Asylsuchenden. Dass es auch anders geht, zeigt zum Beispiel die Stadt München, wo die Bereiche Wohnen und Migration in einem eigenen Amt mit rund 1000 Mitarbeitern gebündelt sind. Dessen Ursprünge reichen in die neunziger Jahre zurück, als in Folge des Balkankonflikts viele Menschen in die Stadt kamen. Anstatt, wie so manche Kommune, auf Sicht zu fahren, plant München nach vorn: Seit vielen Jahren arbeitet die Stadt mit Verbänden und Privatinstitutionen daran, Flüchtlinge nicht nur unterzubringen, sondern sie mit allen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, als Teil der (Innen-)Stadt zu verstehen.

Ruhe bewahren

Wohnungsneubau, insbesondere für Flüchtlinge, ist in vielen Kommunen ein aufreibender Prozess. Die Not-in-my-backyard-Haltung hat Hochkonjunktur, in allen sozialen Schichten gibt es Widerstand von Anwohnern. Die bisweilen gut organisierten Gegner schüren Angst, potenziert durch die am Skandal orientierte Berichterstattung in den Medien. Immobilienbesitzer, die Wohnungen an Flüchtlinge vermieten, möchten nicht namentlich genannt werden. Wohnungsbaugesellschaften wollen ihre Quartiere lieber nicht mit einem Neubau explizit für Flüchtlinge verdichten. Eine Architektin, die am Bau von Containerwohnungen beteiligt war, erzählte, dass ein Großteil ihrer Arbeit darin bestand, alle Akteure vor Ort vom ersten Tag an in das Bauvorhaben einzubeziehen. Kommunikation und Konfliktmanagement werden mehr denn je zu Aufgaben von Architekten.

Im Labyrinth des Baurechts

Das deutsche Baurecht ist für seine Gründlichkeit bekannt. Wenn es schnell gehen muss, wird es zur Bremse. Der Bundesverband deutscher Wohn- und Immobilienunternehmen (GdW) plädiert bei der Flüchtlingsunterbringung für eine Absenkung der Energie-, Brand- und Lärmschutzstandards für fünf Jahre. Deutsche Baustandards, so die Botschaft, verhinderten bezahlbare Wohnungen. Das klingt vernünftig, ist aber zu kurz gedacht: Wer will auf Dauer im Substandard wohnen? Ohnehin werden die Vereinfachungen bei der Genehmigung von Flüchtlingsunterkünften, bei der Nutzungsänderung von Büro- und Gewerbeblächen sowie beim Bauen von Containern und Zelten im Außenbereich, wie sie die Bundesregierung im Oktober beschlossen hat, den Kommunen langfristig eine Reihe von Altlasten bescheren.

Wer genau wissen will, wie man bezahlbaren Wohnungsbau in städtebaulich sinnvolle Bahnen lenkt, sollte den Anfang Dezember veröffentlichten Forderungskatalog der Bundesarchitektenkammer lesen. Der kam zwar reichlich spät, dafür liegt er jetzt als fundiertes Positionspapier der Architektenchaft auf dem Tisch. Die Taskforce der Architektenkammer hat gründlich geackert. Es ist ein Ritt durch Regionalplanung (keine Flüchtlinge dorthin, wo es keine Arbeit gibt), Städtebau (mehr Dichte, experimentelle Zonen zur Funktionsmischung) und Planungsstandards (Hilfe zur Selbsthilfe, EnEV neu strukturieren) – insgesamt 50 Punkte, die alle mit einem Ausrufezeichen versehen sind. Hinter den Punkt „Investition in qualifiziertes Verwaltungspersonal“ möchte man am liebsten ein zweites Ausrufezeichen setzen: Solange die Wohnungsfrage in den Ämtern von Verwaltungsjuristen und nicht verstärkt auch von Fachleuten bearbeitet wird, so lange die Federführung der Flüchtlingsunterbringung – wie in vielen Bun-

desländern – bei den Ministerien für Soziales, Inneres oder Gesundheit angesiedelt ist, könnten all die Forderungen Makulatur bleiben.

Interkulturelle Kompetenz

Wer für Flüchtlinge baut, muss sich mit den Gewohnheiten der Ankommen auskennen. In Kriegen terrorisierte und oft traumatisierte Menschen suchen vor allem Ruhe und Privatsphäre. Da hilft es wenig darauf zu pochen, dass, wer nach Deutschland kommt, sich gefälligst der Leitkultur anzupassen habe. Diese Erkenntnis setzt sich nur langsam durch. Ein Beispiel: die Hocktoilette. In den Herkunftsändern der Flüchtlinge ist sie weit verbreitet, zum Reinigen wird Wasser benutzt, Papier gilt als unhygienisch. Dennoch werden in den meisten Flüchtlingsunterkünften WC eingebaut, die dann schnell kaputt gehen. Ein weiteres Beispiel: Eine muslimische Frau wird sich äußerst ungern in einem Gemeinschaftsbad waschen. Auch die in Europa als Erlebnisort geltende Gemeinschaftsküche meiden viele Asylbewerber und essen lieber im eigenen Zimmer. Interkulturelle Kompetenz, das klingt wie ein Schlagwort aus dem Soziologie-Lehrbuch. In diesem Fall aber kann sie den oft durch zermürbendes Warten geprägten Alltag der Asylsuchenden verbessern und darüber hinaus Kosten sparen.

Nachnutzung planen

Modulbau ist die Bautechnik der Stunde. Die unscharfe Definition des Begriffs vernebelt allerdings den Blick auf die Vor- und Nachteile des Bauens mit vorgefertigten Elementen. Container sind in vielen Kommunen beliebt, weil sie suggerieren, dass nicht viel Geld ausgegeben wurde und alles wieder weg kommt, wenn die Krise vorbei ist. Doch Wohnungen zu bauen, die man in fünf Jahren wieder abreißt muss, ist der falsche Weg. In Zusammenarbeit von Industrie und Planern können Wohnmodule mit anpassungsfähigen Grundrissen entwickelt werden, die schnell aufgebaut sind und für einige Jahrzehnte attraktiv bleiben – ein wichtiger Punkt, alleine schon, um Ressourcen zu schonen. Denn was passiert, wenn aus Flüchtlingen Bürger werden? Wenn sie sich an ein Viertel gewöhnt und soziale Beziehungen geknüpft haben, oder auch: Wenn sie in ihre alte Heimat zurückkehren? Antworten können nur Architekten in Grundrisse einbauen.

Die Flüchtlingskrise als Katalysator

Mit der Ankunft der Flüchtlinge werden jetzt Lösungen für die Wohnungsfrage angeschoben, die jahrelang viel zu leise diskutiert wurde. Auf einmal wird laut nach Wohnungen, nach einer Reform der Liegenschaftspolitik geschrien. Es gibt keine Flüchtlingskrise, es geht um die Wohnungsfrage – diese Erkenntnis hat sich in den letzten Monaten durchgesetzt, immer wieder ist sie auf den zahlreichen Symposien zum Thema zu hören, in Statements zu lesen. Wer sich bereits vor dem Sommer 2015 mit Zuwanderung beschäftigt hat, weiß, dass es auch in der Vergangenheit nicht ganz einfach war. Was gelungene Ankunftsorte ausmacht, darum hat sich kaum einer geschert, viele Architekten haben davon erst in Doug Saunders Bestseller „Arrival City“ (2011) gelesen: Noch in dritter Generation sind viele Einwanderer und ihre in Deutschland geborenen Kinder und Enkel nicht ganz angekommen. Angesichts der fortschreitenden stadträumlichen Segregation, des Auseinanderdriftens im Bildungswesen, des Generalverdachts gegenüber Muslimen, wird klar, dass Architekten und Stadtplaner tatsächlich vor einer historischen Aufgabe stehen. Nicht nur ein Dach über dem Kopf bauen, sondern: alte Fehler vermeiden, Konzepte für das Zusammenleben entwickeln, sich der gesellschaftlichen Verantwortung stellen. Dass diese Fragen an Universitäten diskutiert werden, dass sich Lehrstühle landauf landab mit großem Engagement dem Thema widmen, macht Hoffnung. Jetzt kommt es darauf an, die Konzepte in die Gesellschaft hineinzutragen. Viel zu lange wurden Architekten nur als Dienstleister wahrgenommen. Es ist an der Zeit, das Selbstverständnis eines Berufsstandes zu überprüfen. 2016 könnte das Jahr der Architekten werden. Wenn sie denn wollen.